

# Haushaltspolitik

## Feministische Perspektiven auf die Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008

*Abstract: Domestic Politics. Feminist Perspectives on the World Economic Crises of 1929 and 2008.* The current politics of austerity in response to the economic crisis are by no means unique in the 20<sup>th</sup> and early 21<sup>st</sup> century history. In this article we ask for parallels and differences of the World Economic Crises of 1929 and 2008, their evolution and impact as well as for the respective political strategies from a feminist perspective. Therefore we refer to feminist analyses, articles and essays on the current crisis as well as from the interwar period. The spatial focus of the comparison is on Austria and Germany.

*Key Words:* Women and Austerity, Feminist Economics, World Economic Crises, Historical Comparison

### 1. Einleitung

Eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die als Staatsschuldenkrise verhandelt wird, Rettungspakete für überschuldete Staaten, die an strikte Sparprogramme geknüpft sind, politische Krisenbearbeitungen, die auf Austeritäts-Politiken und staatlichen Ausgabenkürzungen basieren sowie der wachsende Einfluss von demokratisch nicht legitimierten Institutionen in Entscheidungsfindungsprozessen – die aktuell stattfindende Politik der autoritären Krisenbearbeitung ist in der Geschichte des 20. und des frühen 21. Jahrhunderts keineswegs einzigartig.<sup>1</sup> Neben den Strukturanpassungsprogrammen des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) für die Länder des

---

Veronika Duma, Universität Wien, Institut für Geschichte, Universitätsring 1, 1010 Wien; veronika.duma@univie.ac.at

Katharina Hajek, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7, 1010 Wien; katharina.hajek@univie.ac.at

globalen Südens in den 1980er und 1990er Jahren sind es bestimmte Dynamiken und Politiken in der Weltwirtschaftskrise ab 1929, die große Ähnlichkeiten mit dem politischen Handling der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 aufweisen.<sup>2</sup> Insbesondere aus der hier bevorzugten geschlechterkritischen Perspektive kommen markante Parallelen in den Blick, die sowohl den Krisenverlauf und seine politische Bearbeitung als auch das institutionelle Umfeld betreffen. Um der Frage nach Ähnlichkeiten und Parallelen nachzugehen, wollen wir uns den zwei Krisen, beginnend 1929 und 2008, aus einer interdisziplinären Perspektive widmen, wobei der räumliche Fokus auf Deutschland und Österreich liegen wird. Vor dem Hintergrund aktueller feministischer, geschichts- und politikwissenschaftlicher Arbeiten werden wir nach den vergeschlechtlichten Dimensionen der Krisenverläufe und deren Auswirkungen sowie nach den politischen Strategien der Krisenbearbeitung fragen. Dazu benutzen wir feministische Krisenanalysen, die nicht nur für die aktuelle, sondern auch für die Krise ab 1929 zugänglich sind.

Feministische Krisenanalysen zeichnen sich – um 1929 wie heute – durch ein integrales Verständnis von Produktion und Reproduktion wie auch von Staat und Politik aus. Das Ökonomische erschöpft sich in diesen Analysen nicht in der ‚formalen Ökonomie‘, sondern umfasst immer auch Reproduktionsarbeiten wie bezahlte und unbezahlte Pflege- und Versorgungsarbeiten. Diese Bereiche werden zudem in ihrem Verhältnis zu Staatlichkeit und Politik, aber auch zu Familienformen und Geschlechterleitbildern analysiert. Feministische sowie feministisch-materialistische Krisenanalysen beschränken sich somit nicht auf einen gesellschaftlichen Bereich, sondern analysieren die ‚multiple Krise‘.<sup>3</sup> Zudem nehmen sie in den Blick, wie sich politische Krisenbearbeitungen im Rahmen ungleicher Geschlechterverhältnisse artikulieren bzw. wie sich Krisendynamiken auf die soziale Reproduktion auswirken. Sie unterscheiden sich von ‚herkömmlichen‘ Krisendiskursen dadurch, dass sie explizit das vermeintlich ‚Private‘ in den Blick nehmen. Krisendimensionen werden benannt und problematisiert, die sonst in herrschenden Diskursen nicht oder nur marginal thematisiert werden: Wie wirkt sich die Krise auf Männer und Frauen aus? Wie beeinflussen politische Maßnahmen zur ‚Krisenlösung‘ soziale Reproduktion, die meist privatisiert wird und unbezahlt von Frauen zu leisten ist? Wer trägt somit die Kosten für diese Krise und in welcher Form? Feministische und geschlechterkritische Krisenanalysen stehen dementsprechend quer zu herrschenden Krisendiskursen. Die jeweilige Definition von Krise, welche Ursachen, Dynamiken und Aspekte thematisiert werden, legt in Folge bestimmte Problemlösungen nahe und andere nicht. Ungleiche Geschlechterverhältnisse werden über die autoritäre Krisenbearbeitung reproduziert und verfestigt. Feministische Analysen machen auf diese Zusammenhänge aufmerksam und taten das schon vor 80 Jahren, wenngleich damals andere Begriffe verwendet wurden.

Zentrale Begriffe sind heute Maskulinität und Androzentrismus. Als politische Herrschaftsform bezeichnet Maskulinität ein System von Diskursen und Praktiken, die von der Idee männlicher Dominanz getragen sind. Zwei Merkmale sind dabei zentral:<sup>4</sup> einerseits die bipolare und hierarchische Gegenüberstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit; andererseits verweist Maskulinität auf die Produktion und Institutionalisierung hegemonialer Männlichkeiten. Im sozialen Kontext einer Vielzahl von männlichen Identitätswürfen setzt Maskulinität auf die kulturelle Dominanz eines spezifischen Modells von Männlichkeit und damit oftmals auf weiße, erfolgreiche und gesunde Männlichkeiten – im Gegensatz zu anderen, abgewerteten Formen.

Für die feministische Analyse von staatlichen Institutionen ist der Begriff des Maskulinität interessant, da er auf vergeschlechtlichte Formen staatlicher Herrschaft verweist, die weiter gehen als bloß die quantitativ höhere Präsenz von Männern in staatlichen Institutionen aufzuzeigen. „Was wir heute gemeinhin als Staatsapparat verstehen, hat sich unter gesellschaftlichen Voraussetzungen herausgebildet, für die Ausschluss und Beschränkung der Frauen zentral war.“<sup>5</sup> Eva Kreisky spricht in diesem Zusammenhang von staatlichen Institutionen als sedimentierten männlichen Interessen und Lebenserfahrungen. Moderne Staaten seien maskulinistisch, da sie traditionell auf der Betonung eines vermeintlich entemotionalisierten und rationalen Politikverständnisses und auf bürokratischen, undemokratischen und tendenziell männerbündischen Organisationen und Entscheidungsfindungen beruhen. In den letzten Jahrzehnten konnte zwar ein „Verblasen tradierter patriarchaler Muster“<sup>6</sup> beobachtet werden, etwa durch den Abbau patriarchaler Regelungen im Familienrecht oder der Erämpfung einer stärkeren Partizipation von Frauen in legislativen Institutionen. Doch sind auch Prozesse einer Remaskulinisierung auszumachen, etwa im Bedeutungsverlust eben jener demokratischen Institutionen und frauenpolitischer Maßnahmen bei gleichzeitigem Bedeutungsgewinn von stärker maskulinistisch konnotierten Institutionen der internationalen Finanzbürokratie.<sup>7</sup>

Androzentrismus meint hingegen die Universalisierung von männlichen Interessen und Lebensweisen. Im Gegensatz zum Sexismus – der *expliziten* Abwertung von Frauen und Weiblichkeit – setzen androzentrische Diskurse Männer als Norm; weibliche Lebensweisen und Interessen werden implizit als davon abweichende und partikuläre charakterisiert.<sup>8</sup> So basieren Politikinhalt und insbesondere wirtschaftspolitische Materien stets auf spezifischen Annahmen von Geschlecht und Geschlechterrollen sowie auf geschlechtlichen Hierarchien, die darin eingeschrieben sind. Damit ist die implizite Fokussierung staatlicher Zuwendungen und die Ausrichtung von Politiken entlang männlicher Lebensentwürfe angesprochen. Jedoch auch die oben erwähnte Ausblendung der privatisierten und mithin als weibliche Zuständig-

keit definierten Sphäre der reproduktiven Arbeit, der Pflege, Haus- und Betreuungsarbeit in staatlichen Politiken ist hervorzuheben. Die dadurch implizierte Naturalisierung gesellschaftlicher Reproduktion und die Ausblendung der damit verbundenen, als weiblich konnotierten Arbeitsleistung sind als Ausdruck androzentrischer Politik zu fassen.<sup>9</sup>

Um nun Parallelen und Unterschiede von gegenwärtigen und vergangenen feministischen Krisenanalysen herauszufinden, werden wir zunächst auf die jeweiligen politisch-ökonomischen Kontexte eingehen. Wir werden auf die politischen Bearbeitungsformen und institutionellen Umbauten der internationalen *financial governance* fokussieren und untersuchen, ob sich Ähnlichkeiten in Bezug auf Entdemokratisierung, Autoritarisierung und (Re-)Maskulinisierung zeigen lassen. Anschließend werden wir uns den aktuellen und historischen feministischen Analysen zuwenden, um einen Vergleich in drei Dimensionen vorzunehmen: arbeitsmarktspezifischen Auswirkungen, politische Krisenbearbeitung sowie Geschlechterleitbilder und Familienformen. Als Material zur aktuellen Situation dienen uns vor allem Publikationen der feministischen Politikwissenschaft und Ökonomie, ebenso Studien aus dem außeruniversitären wissenschaftlichen Bereich, etwa gewerkschaftsnaher oder anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Das Material zur Wirtschafts- und Finanzkrise um 1929 ist im Gegensatz dazu weniger akademischen Ursprungs. Frauen waren aufgrund ihres Geschlechts strukturell von den Universitäten ausgeschlossen. Die ‚Pionierinnen feministischer Ökonomie‘ arbeiteten an der Schnittstelle zwischen Politik und Ökonomie, sie waren organisch an die Arbeiter/innen- und Frauenbewegung der Zwischenkriegszeit angebunden. Ihre Protagonistinnen waren im Kontext der Gewerkschafts-, Arbeiterinnen- und Frauenbewegung als politische Aktivistinnen und Sozialwissenschaftlerinnen aktiv. Sie verfassten Einführungswerke und Lehrbücher, politische Schriften und Fachartikel und/oder waren als Herausgeberinnen von Zeitungen tätig.<sup>10</sup> Das unterschiedliche Quellenmaterial verweist somit auf die Verschiebung feministischer Reflexionsräume bzw. kritischer Wissen(schaft)sproduktion. Zugleich rücken verlorengegangene Traditionen feministischer Ökonomie in den Blick, an die anzuknüpfen sich lohnt.

In einer Conclusio werden wir den Vergleich in einigen Thesen verdichten und darüber hinaus die Rolle und Entwicklung feministischer Analyse und Kritik im Kontext der beiden Weltwirtschaftskrisen beleuchten. Mit der Bezugnahme auf ältere Traditionen feministischer Ökonomiekritik und mit der vergleichenden Herangehensweise intendieren wir zweierlei. Zum ersten erscheint uns die Beschäftigung mit der feministischen Krisenanalyse der späten 1920er und frühen 1930er Jahre als Möglichkeit, die gegenwärtige Krise besser zu verstehen. Über den historischen Vergleich werden nicht nur Parallelen aufgezeigt, sondern es kommen

auch Persistenzen, Kontinuitäten, längerfristige Entwicklungen und gesellschaftliche Strukturen in den Blick. Die seit 2008 anhaltende Krise wird somit als Ausdruck beständiger vergeschlechtlichter Ungleichheitsverhältnisse im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse historisch kontextualisiert. Zum zweiten muss die kritische, feministische Ökonomie das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Die Bezugnahme auf das feministische Wissen früherer Generationen soll dieses Wissen nicht nur erneut in die Debatten einbringen, ebenso scheint uns der Ansatz, im Kampf gegen Ungleichheitsverhältnisse stets das gesamte Gefüge von Staat und Gesellschaft im Blick zu haben, auch für gegenwärtige emanzipatorische Politiken fruchtbar.

## 2. Kontext: Krise, autoritäre Bearbeitung und (Re-)Maskulinisierung heute ...

Wie in den 1930er Jahren begann auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise um 2008 als Banken- und Finanzkrise und wurde erst später als Staatsschuldenkrise politisch adressiert. Die politische Krisenbearbeitung zeichnet(e) sich in beiden Fällen durch ihre autoritäre und mithin maskulinistische Form aus.

Auslöser – wenn auch nicht Ursache – der Krisendynamiken ab 2008 war das Platzen der Immobilienblase in den USA. Kurz darauf kam das Interbankengeschäft fast vollständig zum Erliegen. Eine Kreditklemme, die auf Europa übergriff, folgte. Eine der prominentesten und medial präsentesten Symptome war der Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank *Lehman Brothers*, der eine Kettenreaktion auslöste. Schließlich griff die Krisendynamik Ende 2008 auf die Realwirtschaft über. Um eine Insolvenz weiterer Banken zu verhindern, setzten nun auch europäische Regierungen mithilfe von staatlichen Garantien, stillen Einlagen und Kapitalerweiterungen darauf, eine Liquiditätskrise zu verhindern.<sup>11</sup> Zudem verabschiedeten zwischen 2008 und 2010 fast alle europäischen Industriestaaten, darunter auch Österreich und Deutschland, milliardenschwere Konjunkturpakete, die den Privatsektor – in Deutschland vornehmlich Exportbranchen wie die Automobilbranche, in Österreich vor allem kleine und mittlere Unternehmen – stützten und die Baubranche über das Vorziehen großer staatlicher Infrastrukturinvestitionen ankurbelten.<sup>12</sup> Aufgrund der massiven öffentlichen Ausgaben für die Bankenrettungen und die Konjunkturpakete sowie der einbrechenden Staatseinnahmen stieg die Staatsverschuldung. In Folge wurde die Krise fast ausschließlich als Staatsschuldenkrise adressiert. Nicht mehr das deregulierte Bankenwesen und die Dynamiken auf den internationalen Finanzmärkten wurden als Krisenauslöser thematisiert oder gar die kapitalistische Produktionsweise in Frage gestellt, sondern ein

Fehlverhalten der einzelnen Staaten im Umgang mit ihren Staatshaushalten. Auch wenn mehrere Möglichkeiten im Raum standen, den wachsenden Staatsschulden zu begegnen,<sup>13</sup> verfestigte sich der Fokus und die herrschende Krisenbearbeitung allein auf die ‚Sanierung‘ der Staatshaushalte. Das ging bzw. geht vor allem ausgabenseitig, etwa über Sparpakete und Verwaltungsreformen vonstatten. Damit werden die Krisenkosten auf die Bevölkerung abgewälzt.

Eine verschärfte Form dieser Politik betrifft die Defizitländer des europäischen Südens und insbesondere Griechenland, wo austeritätspolitische Maßnahmen trotz der breiten sozialen Protestbewegungen umgesetzt werden. 2009 mussten die Angaben zur Staatsverschuldung der konservativen Vorgängerregierung massiv nach oben korrigiert werden. In der Folge wurde Griechenlands Bonität drastisch herabgestuft und die Zinsaufschläge für griechische Staatsanleihen stiegen rasant. Angesichts der Zunahme von Finanzspekulationen auf Staatsanleihen und des massiv gestiegenen Haushaltsdefizites wurde der Handlungsdruck auf die griechische Regierung immer größer. Als sich die Lage im April 2010 zuspitzte und der Zahlungsausfall Griechenlands drohte, beantragte die Regierung offiziell Finanzhilfe. Im Mai 2010 und im Juni 2011 wurden ‚Hilfspakete‘ verabschiedet, damit Griechenland die Gläubiger auf den internationalen Finanzmärkten bedienen konnte. An diese Gelder wurden strenge Auflagen geknüpft, die von der *Europäischen Kommission*, der *Europäischen Zentralbank* (EZB) und dem *Internationalen Währungsfonds* (IWF) – der sogenannten *Troika* – ausgearbeitet wurden und deren Einhaltung überwacht wird.<sup>14</sup> Dazu zählen massive Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Gehalts- und Pensionskürzungen, Einsparungen in der öffentlichen und sozialstaatlichen Infrastruktur, in Schulen, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Eine Arbeitsmarktreform, die unter anderem die Einschränkung des Tarifsystems, die partielle Senkung des Mindestlohns und die Ausweitung von Zeitarbeitsverträgen beinhaltet, soll zudem die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, die Löhne senken und die Arbeit flexibilisieren.<sup>15</sup>

Ab Mai 2010 gingen die Mitgliedsstaaten der *Europäischen Union* bzw. die Mitglieder der Eurozone in der Krisenpolitik koordiniert vor und griffen unter anderem zu folgenden Maßnahmen: Das Europäische Semester, Mitte 2010 von der Kommission vorgeschlagen und 2012 in Kraft getreten, sieht eine ex-ante Koordination und Überwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken durch die *Europäische Kommission* vor. Ende 2010 wurde der *Europäische Stabilitätsmechanismus* (ESM) auf völkerrechtlicher Basis beschlossen, der den ‚Euro-Rettungsschirm‘ von Anfang des Jahres auf Dauer stellte. In enger Zusammenarbeit der *Europäischen Kommission* mit dem IWF und der EZB werden bei Bedarf Finanzhilfen an Mitgliedsstaaten – unter der Bedingung makroökonomischer Anpassungen – vergeben.<sup>16</sup> Der Fiskalpakt, der aufgrund des Widerstandes von Großbritannien und Tschechien nicht Teil

der EU-Verträge ist, sondern Anfang 2012 auf völkerrechtlicher Basis verabschiedet werden ‚musste‘, zielt auf eine „Interiorisierung des Austeritätsregimes in die nationalstaatlichen Rechtsordnungen“.<sup>17</sup> Der im Herbst 2011 vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat verabschiedete ‚Sixpack‘ umfasst ein Gesetzespaket, das im Großen und Ganzen auf eine wettbewerbsstaatliche Restrukturierung der Mitgliedsstaaten abzielt. Hierbei kommt es alleine der *Europäischen Kommission* zu, die makroökonomischen Ziele zu definieren.

Nicht zu übersehen sind in diesen Prozessen die Remaskulinisierungstendenzen in den nationalen Regierungen und vor allem in den Institutionen der europäischen *financial governance*. Dabei setzen die jüngsten Transformationen bereits auf eine vergeschlechtlichte und maskulinistische „Architektur“<sup>18</sup> auf. Finanzpolitische Institutionen wie das *Directorate General for Economic and Financial Affairs* (DG ECFIN), die EZB oder der IWF, aber auch nationale Finanz- und Wirtschaftsministerien, denen künftig eine wichtigere Rolle zufällt, sind nicht nur „bemannt“, sie folgen darüber hinaus – und das ist weit relevanter – den eingangs genannten strukturell androzentrischen Wissensformen und -praxen, die in der Krisenbearbeitung besonders aufgerufen werden.<sup>19</sup> Beispielhaft dafür steht die Orientierung an neoliberalen Wirtschaftsmodellen und an dem ihnen zugrundeliegenden Leitbild des *homo oeconomicus*. Die der aus der Neoklassik stammenden Leitfigur zugeschriebenen Eigenschaften – unabhängig, objektiv und nutzenmaximierend zu sein – gelten als männlich konnotiert; die Vorstellung eines selbstbestimmten, autonomen Individuums ohne gesellschaftlichen und sozialen Kontext geht mit der Vorstellung der Trennung in eine „männliche“ und „weibliche“ gesellschaftliche Sphäre einher, wie sie sich beispielsweise in der Trennung der Bereiche Markt und Familie/Haushalt wiederfindet. Eine Einbettung in Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie der Blick auf patriarchale Strukturen werden hingegen vernachlässigt.<sup>20</sup>

Neoliberale Wirtschaftsmodelle, die von der Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit markt- und konkurrenzbasierter Lösungen getragen sind, leiten die politischen Krisenbearbeitungen – im Gegensatz zu alternativen Formen der Ökonomie, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. Die programmatischen Ziele der Geldwertstabilität, wie sie sich in den Strukturanpassungsprogrammen materialisieren, stehen im krassen Gegensatz zu den konkreten Erfordernissen der alltäglichen Reproduktion. Zudem sei auf die enorme Macht- und Informationskonzentration bei wenigen Institutionen der europäischen Finanzbürokratie hingewiesen. So werden heikle wirtschafts- und budgetpolitische Entscheidungen an demokratisch nicht legitimierte Institutionen wie den IWF übertragen und der *Europäischen Kommission* wird neue Macht zugewiesen: Sie erhält quasi eine Deutungs- und Zielplanungshoheit über die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten. Als Kehrseite dieser Entwicklungen verlieren demokratische Parlamente an Macht. Damit wer-

den Räume eingeengt, in denen während der letzten Jahrzehnte über verschiedene Mechanismen eine Repräsentation von Frauen erkämpft wurde.<sup>21</sup> Remaskulinisierung meint in diesem Zusammenhang also nicht nur eine Bedeutungszunahme ‚bemannter‘ Institutionen, sondern vor allem auch die Autoritarisierung, Entdemokratisierung und zunehmende Intransparenz der europäischen Krisenpolitik.

... und damals<sup>22</sup>

Auch die Institutionen und Expertengremien der Krisenlösung im Österreich der Zwischenkriegszeit – die Regierung, ihre Berater, die Berater der *Nationalbank* oder die Männer des Finanzkomitees des *Völkerbundes* – waren nicht nur stark ‚bemannt‘, sondern männerbündisch strukturiert; ihre Entscheidungsfindung verlief intransparent. Mit Bezug auf die „Rettung der Wirtschaft in einer Notsituation“<sup>23</sup> wurde „langwierigen“ parlamentarischen Diskussionen die vermeintliche Effizienz männlicher „Experten“ entgegengehalten. Ähnlich den heutigen, demokratisch nicht legitimierten Institutionen wie dem IWF, der *Europäischen Kommission* und der EZB, sollten sie ungewählt zur Lösung der Krise antreten. Dabei wurden patriarchale Verhältnisse und geschlechterspezifische Arbeitsteilung (re-)produziert. Intransparente Entscheidungsfindungsprozesse und demokratisch kaum kontrollierbare Gremien verstärkten die männerbündischen Strukturen und umgekehrt. Nicht zufällig war der wenig später etablierte Austrofaschismus von Rekatholisierung, Remaskulinisierung und Frauendiskriminierung geprägt. Bei den selbsternannten politischen Eliten handelte es sich in erster Linie um Männer aus dem christlichsozialen Milieu, den Heimwehren, dem Landbund oder dem Adel, die antidemokratisch und antifeministisch eingestellt waren.<sup>24</sup> Die Errungenschaften der Frauen- und Arbeiterinnenbewegung in der ersten Hälfte der Zwischenkriegszeit, das Wahlrecht, die Partizipation in den Institutionen der parlamentarischen Demokratie sowie ihre Präsenz in oppositionellen Parteien und Vereinen wurden mit der zunehmenden Autoritarisierung sukzessive zurückgedrängt.

Historisch war Österreich – ebenso wie Deutschland – besonders stark von der Weltwirtschaftskrise betroffen, die im Börsenkrach 1929 ihren Auslöser hatte.<sup>25</sup> Während etwa in den USA unter Präsident Roosevelt versucht wurde, der Krise mit einem Programm von arbeits-, sozial-, infrastruktur- und konjunkturpolitischen Interventionen im Rahmen des *New Deal* entgegenzutreten,<sup>26</sup> wurde in Österreich ein anderer Kurs eingeschlagen. Mit deutlichen Parallelen zur Brüning'schen Politik der Notverordnungen in Deutschland setzte die österreichische Bundesregierung eine Deflations- und Austeritätspolitik durch, die durch harte Sparmaßnahmen gekennzeichnet war. Demensprechend ist sie mit heutigen Austeritätspolitiken zu

vergleichen. Im Folgenden sollen Ähnlichkeiten zwischen der *Troika* und dem *Völkerbund* als zentralen Krisenakteuren herausgestellt werden, ohne die unterschiedlichen historisch-politischen Kontexte aus dem Blick zu verlieren. So fehlte um 1929 das neoliberale Argument der ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ vor dem Hintergrund der damaligen Tendenz zu Abschottung vom Weltmarkt. Heute ist es das Staatsprojekt Europa,<sup>27</sup> das den wirtschaftlichen und politischen Rahmen der Krisenbewältigung maßgeblich prägt. Der Grad des Einflusses des *Völkerbundes* war geringer als jener der *Troika* heute, jedoch immerhin so stark, dass Griechenland im 20. Jahrhundert vor einer Anleihe zurückschreckte – aufgrund der Erfahrungen der „Austrian control“.<sup>28</sup>

Lukas Oberndorfer vergleicht die gegenwärtige Hegemoniekrise<sup>29</sup> der *Europäischen Union* mit den Verhältnissen in der Weimarer Republik, wobei er die unter Heinrich Brüning einsetzende Herrschaftsstrategie zur Bearbeitung der Krise mit dem Begriff des autoritären Liberalismus fasst. Die Aufwertung der Exekutive, die Zunahme von Momenten des Zwangs sowie Prozesse der Entdemokratisierung weisen, so Oberndorfer, Ähnlichkeiten mit der Krisenlösungsstrategie des autoritären Liberalismus auf.<sup>30</sup> Für die Erste Republik Österreich sind für die frühen 1930er Jahre jene Momente ebenso festzustellen. Während Detlev Peukert für Deutschland konstatierte, dass sich der Machtantritt der Nationalsozialisten auch aus den Besonderheiten des politischen Umgangs mit der Krise erkläre,<sup>31</sup> wies Dieter Stiefel für Österreich darauf hin, dass eine Linie vom Budgetsanierungsgesetz im September 1931 über die Lausanner Protokolle im Sommer 1932 bis hin zur Ausschaltung des Parlaments im März 1933 führe.<sup>32</sup> Die politischen Antworten auf die Krise sind dementsprechend in Zusammenhang mit der Autoritarisierung und Faschisierung zu sehen.

In Folge des Zusammenbruchs der österreichischen *Creditanstalt* 1931 schnürte die christlichsoziale Regierung umgehend finanzielle Rettungspakete. Zudem wurde, nicht zuletzt auf Druck internationaler Gläubiger, eine Bundesgarantie für die Verpflichtungen der *Creditanstalt* im Parlament beschlossen. Als diese Maßnahmen jedoch den massiven Kapitalrückzug sowie Kreditkündigungen nicht zu stoppen vermochten, wurde der österreichische Staat durch eine Völkerbundanleihe ‚gerettet‘.<sup>33</sup> In der ehemaligen *Arbeiterinnenzeitung* war zu lesen:

„Das Wetterleuchten zusammenbrechender Banken zeigt [...], welchen Grad die Krise der kapitalistischen Wirtschaft erreicht hat. Immer wieder muß in diesem oder jenem Land eine Bank durch staatliche Kredite gestützt werden, [...] [I]n fast allen europäischen Staaten [...] regiert das Bürgertum, regiert die kapitalistische Gesellschaft, die ihren Zusammenbruch verhindern möchte, indem sie alle Lasten auf die Massen überwälzt.“<sup>34</sup>

Zur Beratung der Regierung in Wien waren Vertreter des Finanzkomitees des *Völkerbundes* nach Österreich gereist, allen voran Rost van Tonningen, der 1936 in die Nationalsozialistische Partei der Niederlande eintrat. Die Mitglieder dieser Kommission entwarfen gemeinsam mit der Regierung ein Sanierungsprogramm, das Sparen und Abbau der Staatsausgaben zur Prämisse erklärte.<sup>35</sup> Die Rolle des *Völkerbundes* bestand darin, die wirtschaftliche und staatsfinanzielle Lage des kreditsuchenden Landes zu prüfen, Konsolidierungsvorschläge zu machen und in Folge die zur Erlangung der Kredite geforderten Umstrukturierungen zu kontrollieren. Rost van Tonningen hielt fest, dass an Österreich ein Exempel statuiert werde, das auch für andere schwankende Mächte in Europa Wirkung haben könne.<sup>36</sup>

Mit der Lausanner Anleihe 1932 nahm die österreichische Bundesregierung neue Schulden auf, damit sie alte begleichen konnte. Um die Kredite zu erhalten, wurden erneut mehrere Budgetsanierungsgesetze im Parlament mit den Stimmen der Sozialdemokratischen Partei angenommen. Sie brachten abermals eine radikale Kürzungspolitik sowie die Einführung neuer Steuern (z.B. der Warenumsatzsteuer) mit sich. Die Regierung Brüning in Deutschland konnte mehrere große Sparpakete durch Notverordnungen mit Hilfe des Artikels 48 umsetzen. Die SPD trug den Sparkurs mit, „um Schlimmeres zu verhindern.“<sup>37</sup> Mit Blick auf Entwicklungen der Weimarer Republik versuchte die österreichische Bundesregierung, Maßnahmen zur Krisenbearbeitung mit Notverordnungen bzw. mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes durchzusetzen.<sup>38</sup> In den Medien der Arbeiterinnenbewegung blieben diese Entwicklungen nicht unkommentiert:

„In Deutschland hat es die Regierung Papen unternommen, mit Hilfe von Notverordnungen Dinge zu machen, die sie durch ein Gesetz im Reichsrat niemals erreichen würde. [...] Unserem Bundeskanzler, Doktor Dollfuß, scheint das zu Kopf gestiegen zu sein und er versucht ebenfalls, Verfügungen auf gänzlich unzulässige Weise durchzuführen.“<sup>39</sup>

Der „Umweg über Genf“ eröffnete zudem die Möglichkeit, ein Programm, das der Regierung ebenso gelegen war wie der Industriellenvereinigung, im Namen internationaler Verpflichtungen umzusetzen.<sup>40</sup> Der spätere Bundeskanzler Schuschnigg verkündete bereits 1932, dass sich die nationalen Parlamente nicht geeignet hätten, der Krise entgegenzuwirken. Bei einem „solchen Notstand“ sei das Regieren mit dem Parlament nicht möglich. Nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 notierte Rost van Tonningen in seinem Tagebuch:

„Zusammen mit dem Kanzler und Kienböck [Anm.: Viktor Kienböck, Präsident der Nationalbank] haben wir die Ausschaltung des österreichischen Parlaments für notwendig gehalten, da dieses Parlament die Rekonstruktionsarbeit sabotierte.“<sup>41</sup>

Frauen waren in den entscheidenden Institutionen der Krisenakteure kaum vertreten. Die gesellschaftliche Entdemokratisierung im Zuge einer autoritären Politik und verlorener Kämpfe ging mit einer Verstärkung männerbündischer und maskulinistischer Politikformen einher. Durch den autoritären Umbau des Staates, die Niederschlagung der Arbeiterinnenbewegung, die enorme Macht- und Informationskonzentration bei wenigen Institutionen sowie den Machtverlust parlamentarisch-demokratischer Einrichtungen beschleunigte sich die Schließung von Räumen, die in der Ersten Republik von Frauen erkämpft worden waren.

### 3. Feministische Analyse der Krisen heute

Von 2008 bis 2011 beherrschte ein Diskurs das deutschsprachige wie internationale Feuilleton, der Geschlecht zur Erklärung der Finanzkrise heranzog: die individualisierende und biologisierende Erzählung von hormongesteuerten und gierigen Bankern als Verursachern der „Testosteron-Krise“.<sup>42</sup> Diese sollten nun durch weniger risikofreudige und bedachter agierende „Trümmerfrauen“<sup>43</sup> an der Spitze der internationalen Finanzbürokratie abgelöst werden. Demgegenüber geht es feministischen Analysen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise weniger um sexistische Klischees als darum, unterschiedliche Betroffenheiten durch die Krisendynamiken aufzuzeigen. Sie weisen auf die systematische Trennung von öffentlich und privat hin bzw. darauf, wie die politischen Bearbeitungsstrategien Pflege- und Versorgungsarbeit ausblenden und gleichzeitig stillschweigend voraussetzen. Die Krisenpolitik verbindet damit auch eine signifikante Setzung männlicher Lebensweisen und Interessen als Norm. Im Folgenden sollen feministische Analysen in Bezug auf drei geschlechtsspezifische Krisendynamiken beleuchtet werden: erstens die direkten Auswirkungen der Krise auf den Erwerbsarbeitsmarkt, zweitens der Geschlechterbias der politischen Krisenbearbeitung, und drittens die Veränderungen in den kulturell/medial vermittelten Geschlechterleitbildern im Kontext der Krise.

#### 3.1 Krisenauswirkungen: Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeitsverhältnisse

Zunächst werden die direkten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Männern und Frauen in den Blick genommen. Da im globalen Norden und insbesondere in Österreich und Deutschland die Krise vor allem auf den Bau- und Exportsektor durchschlug und somit zunächst hauptsächlich Arbeitsplätze von Männern betraf, entstand auch in der in den Massenmedien geführten Debatte der Eindruck, Frauen seien die relativen Gewinnerinnen der

Krise. In der Tat sind Frauenarbeitsplätze insbesondere durch sogenannte Zweitrundeeffekte betroffen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt im Dienstleistungssektor, etwa in der Tourismusbranche oder im Gastgewerbe, während öffentliche Haushalte zum Beispiel im Gesundheits- und Bildungssektor<sup>44</sup> Einsparungen vornehmen. Darauf verweisen nicht zuletzt Studien aus anderen großen Wirtschaftskrisen wie der Asienkrise von 1997/98.<sup>45</sup>

Feministische Analysen betrachten neben dem Arbeitsmarkt auch Auswirkungen auf und Veränderungen von Geschlechterarrangements in Familien. Damit gerät die Sphäre des Privaten in den Blick und werden Aspekte angesprochen, die in der gängigen politischen Debatte nicht als Krisenphänomene aufgefasst werden. Zunächst ist auf die massive Zunahme häuslicher Gewalt ab 2008 zu verweisen. Sinkt das Familieneinkommen durch Arbeitsplatzverlust und wird die finanzielle Lage prekärer, so fördert der damit verbundene Stress häusliche Gewalt und erschwert es Frauen aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit, gewalttätige Männer zu verlassen. Der Verein *Autonome Österreichische Frauenhäuser* und das *Bundesministerium für Inneres* betonen in einer 2009 publizierten Statistik, dass insbesondere schwere Gewalttaten (schwere Körperverletzung und Mordversuche) zugenommen hätten.

„Durch die Wirtschaftskrise stiegen sowohl Armut als auch Gewalt in der Familie – Männer hätten größere Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit zu bewältigen, da sie sich oft nicht beraten ließen. „Da staut sich viel auf.“<sup>46</sup>

Verlieren Männer (in den verbreiteten heteronormativen Zweiverdiener-Arrangements) ihren Job, so betrifft das auch Frauen. Diese müssen beim Wegfall des Einkommens des Mannes oft mit Teilzeitjobs Aufgaben des Familienernährers übernehmen.

„The present crisis differs in its severity and impact from the previous recessions in the early 1980s and 1990s. Given the stark job-losses among men with good wages and social benefits, the burden has fallen on women to become the sole breadwinner.“<sup>47</sup>

Auch abseits des Familienhaushalts werden Frauen durch die Krise besonders benachteiligt: Sie sind „bei Arbeitslosigkeit rascher als Männer von Armut betroffen, da Männer eher aus ‚sichereren‘ Arbeitsplätzen erwerbslos werden und oftmals Abfindungen erhalten, während Frauen aus sowieso schon unsicheren Arbeitsplätzen viel eher in die Armut abgleiten.“<sup>48</sup> Zudem muss das gesunkene Familieneinkommen mit mehr Eigenleistungen im Haushalt kompensiert werden – eine Aufgabe, die vorrangig Frauen zufällt. Dies betrifft alle Pflege- und Versorgungstätigkeiten wie etwa Kochen, Putzen, Wäschewaschen oder Kinderbetreuung. Zuvor hatte

zumindest die Möglichkeit bestanden, solche Leistungen über Konsum außer Haus bzw. über den Markt zu organisieren.<sup>49</sup> Diane Elson spricht in diesem Zusammenhang von einem „downloading risks to the kitchen“.<sup>50</sup> Die Kosten für die staatlichen Bankenrettungen werden nicht nur einfach auf „die Steuerzahler“ abgewälzt, sondern auf

„mainly women, who provide the unpaid care that keeps families and communities going. Particularly in poor and middle income families, women are called upon to spend more time and effort in providing non-market substitutes for marketed goods that their families can no longer afford to buy, and providing substitutes for public services that are no longer available.“<sup>51</sup>

Ähnlich spricht auch Christa Wichterich davon, dass die meist von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeiten als „Schmierfett“ in der Krise, bzw. als gesellschaftliche Stabilisierungsreserve angezapft werden, um die Krisenauswirkungen abzufedern: „Dadurch wird die Krisensituation in der Sorgeökonomie vom öffentlichen in den privaten Bereich verschoben – zulasten der Frauen und ihrer Sorgeverantwortung.“<sup>52</sup>

### 3.2 Autoritäre Krisenbearbeitung und Geschlechterverhältnisse.

Wer zahlt für die Krise?

Feministische Analysen nehmen auch die politischen Krisenbearbeitungsstrategien unter die Lupe und untersuchen sie auf ihre androzentrischen Schlagseiten. Obwohl es sich um ein breites Feld von Maßnahmen auf unterschiedlichen – lokalen bis internationalen – Ebenen und mit unterschiedlichsten Stoßrichtungen handelt (von staatlichen Konjunkturprogrammen über steuerbezogene Politiken bis hin zu „Budgetkonsolidierungsmaßnahmen“ bzw. Austeritätspolitiken), hebt die Forschung fast durchgängig deren vergeschlechtlichten Charakter hervor. Sabine Reiner und Gabriele Schambach<sup>53</sup> legen dies am Beispiel der deutschen Konjunkturpakete von 2008 und 2009 dar, die ein Gesamtvolumen von rund 62 Mrd. Euro aufwiesen. Sie betonen, dass der größte Posten der „Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand“ Männerarbeitsplätze in der Bauindustrie unterstütze. Steuerentlastungen wiederum kommen vor allem Unternehmen und Besserverdienenden zugute; in beiden Fällen sind Frauen unterrepräsentiert: Im oberen Einkommenssegment, das durch die Maßnahmen die meisten Ersparnisse erzielt, sind Frauen nur mit 15 Prozent vertreten. Für geringe Einkommen hielt das Konjunkturpaket hingegen keine Entlastungen bereit, von denen aufgrund der Einkommensschere Frauen profitiert hätten. Die größte mediale Aufmerksamkeit im Zuge der Verabschiedung des Konjunktur-

paketes erhielt die Ausweitung der Kurzarbeit, die de facto nur von Vollzeitarbeitsplätzen und damit signifikant öfter von Männern in Anspruch genommen werden konnte. Ebenso förderte die staatliche Abwrackprämie, welche die Verschrottung eines alten Autos und den Ankauf eines Neuwagens begünstigte, vor allem Arbeitsplätze von Männern in der Automobilindustrie.

„Mit den zeitlich begrenzten Konjunkturpaketen findet jedenfalls kein Umsteuern zu einem nachhaltigeren und stabileren Entwicklungsmodell statt. Erst recht nicht zu einem Wirtschaftsmodell, das Frauen und Männern gleiche Chancen einräumt.“<sup>54</sup>

Ähnlich fällt auch die Analyse der österreichischen Konjunkturpakete aus dem Jahr 2008 aus,<sup>55</sup> von denen vor allem Banken und der realwirtschaftliche Unternehmenssektor wie etwa die Baubranche profitierten. Vernachlässigt wurden hingegen Bereiche, in denen Frauen überrepräsentiert sind. So hätte über die Entlastung des unteren Einkommensdrittels (etwa über die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) die private Konsumnachfrage gesteigert werden können. Auch in die Ausweitung des öffentlichen Pflege- und Betreuungsangebotes wurde – trotz des großen Bedarfes – nicht investiert.

Doch auch abseits von Konjunkturpaketen weist die feministische Forschung auf das „vergeschlechtlichte Doppelgesicht“<sup>56</sup> politischer Krisenbearbeitungen hin: Wurden in Deutschland die männlichen Arbeitsplätze bei *Opel* medienwirksam durch staatliche Subventionen und Haftungen gerettet, blieb diese staatliche Zuwendung *Arancor* und *Schlecker* und deren mehrheitlich weiblichen Arbeitnehmerinnen vorenthalten. Die Firmen wurden in die Insolvenz entlassen. Birgit Sauer hält fest: „Frauenarbeitsplätze, sei es im Dienstleistungs-, sei es im Pflegebereich, werden hingegen nicht als systemwichtig qualifiziert und erhalten deshalb keine oder weit geringere staatliche Subvention.“<sup>57</sup> Damit wird weniger der Rettung von *Opel* die volkswirtschaftliche Bedeutung abgesprochen, als die Frage nach den Bewertungsmaßstäben aufgeworfen, nach denen entschieden wird, welche Branchen als unterstützenswert gelten und welche nicht. So hätte man sich doch auch von der Rettung der Handelsfilialen-Kette *Schlecker* positive Effekte für den Binnenkonsum erwarten können.

Ähnliche Tendenzen diagnostizieren Elisabeth Klatzer und Christa Schlager<sup>58</sup> hinsichtlich der *economic governance* der EU in den letzten Jahren, die Maßnahmen wie den Fiskalpakt, den Umbau des Stabilitäts- und Wachstumspaktes oder den Europäischen Stabilitätsmechanismus umfasst. Die wirtschaftspolitischen Ziele haben einen Deflationsbias und sind von der Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit marktbasierter Lösungen bestimmt. Klatzer und Schlager unterstreichen, dass die einseitige Bindung von Geldpolitik an monetäre Stabilitätsziele den fiskal-

politischen Handlungsspielraum der EU-Mitgliedsstaaten einenge und den Fokus auf Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur und den Abbau von Sozialstaatlichkeit lege. Die Politik des Staatsschuldenabbaus impliziert zudem stets die Annahme, dass dadurch ausfallende Reproduktionsleistungen im privaten Bereich einfach – und meist durch Frauen – kompensiert werden können. Die gegenwärtig durchgeführten Sparmaßnahmen im Süden Europas geben hierfür anschauliche Beispiele.<sup>59</sup> Wenn in Griechenland Schulen geschlossen werden und Krankenhäuser unterfinanziert sind, betrifft das reproduktive Leistungen, auf die nicht verzichtet werden kann. Die Krisenpolitik der EU diskutiert die Frage nicht, wer diese Leistungen übernimmt. Eines der Kernanliegen feministischer Krisenanalyse ist es daher herauszustreichen, dass sich Austeritätspolitiken konkret auf gesellschaftliche und vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und auf gesellschaftliche Stabilität auswirken. So formulieren Klatzer und Schlager, dass „die wirtschaftspolitischen Rezepte [...] stillschweigend auf *feminisierter Kosten- und Risikoabwälzung*“<sup>60</sup> beruhen.

### 3.3 Geschlechter- und Familienleitbilder

Ausgehend von einem integralen Verständnis von Staat, Produktion und Reproduktion soll nun ein Blick auf die staatliche Regulierung von Familien- und Geschlechterverhältnissen sowie die ihr zugrunde liegenden Geschlechterleitbilder geworfen werden. Die feministische Forschung hat hierzu bislang wenige bzw. einander widersprechende Einschätzungen formuliert, was wohl auch auf den kurzen Zeitraum seit dem Beginn der jüngsten Krise zurückzuführen ist. In Bezug auf die politischen Krisenmaßnahmen diagnostiziert sie fast durchgängig einen „Versorgungskonservatismus“<sup>61</sup> oder „geschlechterpolitischen Konservatismus“.<sup>62</sup> Die politische Krisenbearbeitung folgt insbesondere in Österreich und Deutschland dem nach wie vor dem patriarchalen Modell des männlichen Familienernährers und den damit verbundenen Geschlechterleitbildern: Männer werden als Familienernährer, Frauen als Nicht- oder höchstens Zuverdienerinnen imaginiert. Staatliche Unterstützungsleistungen sichern daher vor allem Arbeitsplätze von Männern.

„Der ‚Opelismus‘ [in Anspielung auf die Haftungsübernahme der Deutschen Regierung, K.H.] zeichnet sich also durch zahlreiche Momente der Stabilisierung von ungleichen Geschlechterverhältnissen auf der diskursiven aber auch auf der institutionellen Ebene aus. [...] Ungleiche Geschlechterverhältnisse stabilisieren somit die Krise, und sie wurden durch die Krise stabilisiert.“<sup>63</sup>

Auf der Suche nach den Schuldigen der Finanzkrise demontierte die mediale Debatte zwar auch die „Marktmännlichkeit“ bzw. „Zockermännlichkeit“, während bei der anstehenden Reorganisation der internationalen Finanzarchitektur an die neue „verantwortungsvolle Weiblichkeit“<sup>64</sup> appelliert wurde. Damit wurde nicht zuletzt die strukturelle Unterrepräsentation von Frauen in diesen Bereichen thematisiert und mit alten Geschlechterstereotypen gebrochen, die Männer mit Rationalität und Frauen mit Emotionalität verbinden. Die Krisenpolitiken karikierten diese Diskurse jedoch nicht nur, sondern fielen mit dem propagierten ErnährermodeLL und dessen „familien- und geschlechterpolitischen Normorientierungen hinter die reale Krise der Ernährermännlichkeit und die real wachsende Ernährerrolle von Frauen zurück“.<sup>65</sup> Birgit Sauer geht in ihrer Diagnose noch einen Schritt weiter, wenn sie davon spricht, dass die Krise tradierte Geschlechterverhältnisse keineswegs erschütterte, sondern im Gegenteil festigte:

„Weder auf der Ebene staatlicher Regulierung, noch auf der Ebene hegemonialer Vorstellungen und Repräsentationen, auch nicht in den geschlechtsspezifischen Subjektivierungsweisen scheinen also Geschlechterverhältnisse durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in die Krise geraten zu sein. Die Krise wird vielmehr zur Festigung patriarchaler Hegemonie und von hegemonialer Männlichkeit genutzt [...]“<sup>66</sup>

## 4. Feministische Analyse der Krisen um 1929

### 4.1 Krisenauswirkungen: Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeitsverhältnisse

„Überall zeigte sich, daß gerade die Frauen Konjunkturschwankungen am stärksten und raschesten zu fühlen bekommen.“<sup>67</sup>

Die Frage nach den vergeschlechtlichten Dimensionen der Krise wurde bereits von den politisch aktiven Frauen und von Sozialwissenschaftlerinnen der Zwischenkriegszeit umfassend diskutiert. Sozialistinnen wie Adelheid Popp, Käthe Leichter oder Marie Jahoda führten selber Studien durch oder verfassten soziologische Analysen sowie wissenschaftliche und journalistische Aufsätze, die u.a. in *Die Frau*, der ehemaligen *Arbeiterinnenzeitung*, abgedruckt wurden. Wie die aktuellen geschlechterkritischen Krisenanalysen nahmen die feministischen Ökonominen der 1920er und der frühen 1930er Jahre in den Blick, dass die Krise Frauen und Männer in unterschiedlichem Ausmaß betraf. Als einen Grund nannten sie die ungleichen Ausgangspositionen am Arbeitsmarkt, da mehr Frauen in prekarierten Jobs, als unqualifizierte Arbeitskräfte, in Kurz- und Hilfsarbeit oder in Saisonarbeit beschäftigt waren.<sup>68</sup>

In ihren Analysen stellten sie fest, dass Frauenarbeitsplätze im Zuge der Krise eher von Abbaumaßnahmen betroffen waren, um ökonomischen Druck abzufedern.

„Der Mann ist die vorwiegend qualifizierte Arbeitskraft, als gelernter Arbeiter fest in seinem Beruf verwurzelt. [...] Die Frau ist vor allem die unqualifizierte Arbeitskraft, durch ein großes Heer ungelernter, zu jeder Hilfsarbeit bereiten Frauen, stets zu ersetzen. [...]“<sup>69</sup>

„Aber wir wissen, daß der moderne Kapitalismus, der die Frauen zur Hilfsarbeit bringt, sie auch zwingt, heute in diesem und morgen in diesem Beruf tätig zu sein. Wir wissen weiter, daß unsere Arbeitsnachweispolitik, die gerade von den Frauen [...] die Übernahme jeder Arbeit, auch wenn sie nicht auf ihrem bisherigen Berufsgebiet liegt, fordert, diese Fluktuation von einem Beruf zum anderen noch fördert.“<sup>70</sup>

Käthe Leichter, Sozialistin und Gründerin des Frauenreferats der Wiener Arbeiterkammer, thematisierte darüber hinaus, dass sich die Arbeitsmarktpolitik am Modell des sogenannten männlichen Familiernährers – wie es heute bezeichnet wird – orientiere, während Frauen als „Zuverdienerinnen“ imaginiert würden.

„Arbeitslosigkeit der Frauen, das schien vor noch gar nicht allzulanger Zeit den meisten kein gar so ernstes Problem: Die Frau ist doch nur eine ‚Zuschußverdienerin‘, der Ausfall ihres Einkommens leichter zu tragen. Aber wie sehr haben Krieg und Nachkriegszeit auch diese überkommene Vorstellung gewandelt! Tausende Frauen sind [...] gezwungen auf eigenen Füßen zu stehen. Tausende Frauen sind heute Familienerhalterinnen, haben für Kinder, einen erwerbsunfähigen Mann, für alte Eltern genau so alleine zu sorgen wie irgendein Mann.“<sup>71</sup>

In Kombination mit Verarmung wegen Lohneinbußen oder Arbeitslosigkeit wurde außerdem der Rückgang der Haushaltseinkommen virulent, den besonders Frauen in der Krise zu spüren bekamen. Sie waren es, die den Verlust über mehr Eigenleistung zu kompensieren hatten. Von ihnen wurde erwartet, dass sie zu Hause kochen, wenn das Essen im Gasthaus zu teuer wurde oder dass sie die Kleidung ausbesserten statt neue Kleider zu kaufen, und so fort. Dieser Sachverhalt wird gegenwärtig diskutiert<sup>72</sup> und wurde bereits in den Debatten der Arbeiterinnenbewegung in der Ersten Republik Österreich verhandelt. Marianne Pollak schrieb 1931:

„[...] Jede Mahlzeit im Gasthaus, jedes Wäschestück in der Wäscherei, jede Flickerei beim Schneider kostet Arbeitslohn. Macht diese Arbeitsleitung die Frau, Mutter oder Schwester, wird er erspart.“<sup>73</sup>

Auf einen weiteren Aspekt wies Marie Jahoda in der gemeinsam mit Paul Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel durchgeführten Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal* hin: Arbeitslose Männer übernahmen nicht die häusliche Reproduktionsarbeit.<sup>74</sup>

Wie auch heute hatten die prekären Anstellungsverhältnisse nicht zuletzt Konsequenzen für den Bezug sozialer Absicherungen, denn die Arbeitslosenversicherung, die Notstandshilfe oder die Altersfürsorgerechte waren an regelmäßige Lohnarbeit geknüpft. In der Folge waren Frauen, so die Analyse, im Fall von Entlassungen schneller von Armut betroffen. Leichter kritisierte diese Ungleichheit hinsichtlich der finanziellen staatlichen Unterstützungen.

„Gerade für arbeitende Frauen ist kurzfristige Arbeit oder Gelegenheitsarbeit sehr häufig, in vielen Berufen, in denen Frauen beschäftigt sind, sogar die Regel. Von den [...] arbeitslosen Frauen waren [...] fast die Hälfte zuletzt in ausgesprochenen Saisongewerben beschäftigt [...]. Sie sollen alle um die Unterstützung kommen?“<sup>75</sup>

Für den Erhalt der Gelder waren Anforderungen vorgegeben, die Frauen aufgrund der unregelmäßigeren Arbeitsverhältnisse weniger als Männer zu erfüllen in der Lage waren. So wiesen Frauen seltener eine durchgehende Erwerbsbiografie auf. Dem Bezug von Unterstützungsgeldern mussten jedoch mindestens drei Jahre ununterbrochener arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung vorangegangen sein.<sup>76</sup>

„Gerade bei den Frauen nimmt aber die ungelernete Arbeit immer mehr zu. Die meisten Gewerbe verschließen sich der gelernten Frauenarbeit, der Kapitalismus bevorzugt die billigere, ungelernete weibliche Arbeitskraft. Auch für diese Entwicklung sollen Frauen nun bestraft werden. [...] Es ist also dafür gesorgt, daß die Frauen auf jeden Fall der Notstandsaushilfe verlustig gehen – entweder als ungelernete Arbeiterinnen oder als Saisonarbeiterinnen mit zu geringer Beschäftigungsdauer.“<sup>77</sup>

Dieser letzte Punkt, die soziale Absicherung bzw. deren Kürzung und Abbau in Zeiten der Krise, betrifft nicht mehr alleine die unmittelbaren Auswirkungen der Krise, sondern berührt bereits die Dimension der politischen Krisenbearbeitung.

#### 4.2 Autoritär gemanagte Krisen und Geschlechterverhältnisse.

Wer zahlt für die Krise?

„Darum gibt es wenige Dinge, die für uns Frauen so interessant sind wie die Haushaltspläne von Ländern und Gemeinden, in denen säuberlich zu lesen ist, wer das Geld zahlt und für wen es ausgegeben wird.“<sup>78</sup>

Bereits Akteurinnen der Ersten Republik Österreich betonten, dass Budgetpolitik „in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik ist“,<sup>79</sup> wie es auch das einleitende Zitat nahelegt. Für die Jahre 1929 bis 1934 finden sich zahlreiche Artikel, die Themen rund um die Weltwirtschaftskrise, die sogenannten Sanierungsmaßnahmen der Regierung, deren Konsequenzen für Frauen oder die Budgetdebatten im Nationalrat behandelten. Ihr Augenmerk legten sie auch auf die Austeritätspolitik. Auf der Tagesordnung stand die Politisierung der Haushaltspolitik und damit die Frage nach der Umverteilung in der Krise. In den Debatten der Arbeiterinnenbewegung wurde also bereits – um einen Begriff aus der Gegenwart zu verwenden – das *gender budgeting* diskutiert. Einerseits kritisierten die Verfasserinnen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung, also die Klassendimension der Politik, andererseits hoben sie, wie bei heutigen intersektionalen Analysen,<sup>80</sup> auch die geschlechterspezifische Dimension der staatlichen Krisenbearbeitung hervor. Zur Diskussion stellten sie die Organisation von Staatseinnahmen und -ausgaben und damit sowohl die Steuerpolitik als auch die Vergabe bzw. Kürzung von öffentlichen Mitteln.

Wie gegenwärtig in den meisten sogenannten Krisenländern der EU wurden die Budgets zum überwiegenden Teil konsolidiert, indem bei öffentlichen Ausgaben oder bei Angestellten und Beamten gekürzt wurde. Ähnlich den aktuellen Empfehlungen der *Europäischen Kommission* für die Erhöhung der Mehrwertsteuer<sup>81</sup> wurde in Deutschland und Österreich die Warenumsatzsteuer angehoben. Der Fokus auf Massensteuern ging mit einer regressiven Umverteilungswirkung einher.<sup>82</sup> Die zeitgenössischen Analysen und Kommentare wiesen wiederholt auf Parallelen zu Entwicklungen in Deutschland hin:

„Sowohl in Österreich als auch in Deutschland haben die bürgerlichen Regierungen Vorlagen bereitgehalten, um auf die notwenigsten Lebensmittel der Armen neue Steuern zu legen. In Deutschland verlangt die Regierung Brüning, die jetzt die Interessen der Kapitalisten und Scharfmacher durchzusetzen sucht, daß das Parlament Lebensmittelsteuern bewillige, die Beamten, auch wenn sie schlecht bezahlt sind, von ihrem Gehalt Abgaben leisten, und daß auf jeden Kopf der Bevölkerung Steuern gelegt werden, die für die Armen nicht kleiner sein sollten als für die Reichen.“<sup>83</sup>

Ein Wahlauftritt der Frauen der SDAPÖ kritisierte die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, von Arbeit, Zeit und Geld im Rahmen der Krisenbearbeitung. Er forderte damit jene diskursive Legitimationsstrategie heraus, die versuchte, bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen als objektive Notwendigkeiten zur „Rettung der Wirtschaft in einer Notsituation“ zu verhandeln.

„Die steigende Arbeitslosigkeit, [...] die Verteuerung der Lebensmittel, die Warenumsatzsteuer, die der Regierung Unsummen einbrachte, aber euch Lasten auferlegte. Ihr wißt durch die Bankenskandale, wie [...] das Volksvermögen [...] bestohlen wurde. Ihr erinnert euch an die Ereignisse der letzten Monate, wo euch die Regierung ein „Notopfer“ auferlegte, euch, den Ärmsten, den Arbeitslosen, den Verwitweten und Verwaisten, den Kindern und Greisen [...].“<sup>84</sup>

Gabriele Proft problematisierte das vorherrschende Verständnis der Krise. Etwa zwei Jahre nach dem großen Börsenkrach von 1929 resümierte die sozialistische Nationalratsabgeordnete über den Finanz- und Budgetausschuss des Nationalrats:

„Überall hört man Klagen über schlechten Geschäftsgang, Absatzstockung, Konkurse, Sperrungen von Geschäften und Betriebsstätten. Die Krise! Geschäftsleute verlangen Steuererleichterungen, Fabrikanten den Abbau der ‚sozialen Lasten‘ [...]. Doch existiert die Krise [...] nicht erst recht bei denen, über die nie gesprochen wird, bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten? Erst recht! Denn an ihnen will man Lohn ersparen, Fürsorgekosten sparen, sie müssen mehr Steuern zahlen, damit die direkten Steuern abgebaut werden können [...]. In Zeiten der Krise sollen alle geschützt werden, nur arbeitenden Menschen, besonders Frauen und Jugendlichen wird noch genommen.“<sup>85</sup>

Als Beispiel für den Abbau nannte Proft die Notstandsunterstützung, die für Männer um 10 Prozent, für Frauen aber um doppelt so viel gekürzt werden sollte: „Warum? Weil sie weniger brauchen, antwortet der Minister für soziale Verwaltung.“<sup>86</sup> Käthe Leichter kritisierte, dass die „Sozialreform“ der Regierung – eine der zahlreichen Umstrukturierungsmaßnahmen im Zuge der Sanierung – insbesondere die Frauen entrechtete:

„Aber was hier besonders hervorgehoben werden muss, das ist das besondere Unrecht, das über das allgemeine Unrecht hinaus den Frauen zugefügt werden soll. [...] [E]s ist jener Geist, der immer noch die Berufsarbeit der Frau als überflüssigen Luxus betrachtet und darum auch die Schlechterstellung der Frauen gerechtfertigt findet. Sie kann ja ins Haus zurückgehen, wenn es ihr im Beruf nicht paßt!“<sup>87</sup>

Neben wiederholten Kürzungen der Notstandsunterstützung wurde den Arbeiterinnen in einem weiteren Gesetzesentwurf das Recht auf Entgelt bei Erkrankung und den Angestellten das Recht auf Abfertigung abgesprochen. Mit der Änderung des Hausgehilfengesetzes wurden speziell Bedienerinnen, Tagesköchinnen oder Stubenmädchen verstärkt belastet. Abgebaut wurde auch im Bereich des Mutter- und Kinderschutzes; Erholungsheime und Kinderambulatorien sollten abgeschafft, die

„Mutterhilfe“ herabgesetzt werden. Die Notstandshilfe – „von nun an Krisenfürsorge genannt“<sup>88</sup> – war für Frauen an den beruflichen Status des Mannes gebunden.

Besonders deutlich wird die politische Bearbeitung der Krise im Sinne einer Kürzungspolitik am Beispiel des Roten Wien. Die Zerschlagung dieses protofordistischen<sup>89</sup> Projekts erinnert an die gegenwärtige Umstrukturierung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, mit der eine intensiviert und autoritär durchgesetzte neoliberale Politik auf die Krise reagiert. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise stieg der Druck, den die Bundesregierung auf die Kommunalverwaltung Wiens ausübte, indem sie Einsparungen und Abgaben von der Stadt forderte.<sup>90</sup> Die Prämissen eines ausgeglichenen Staatshaushaltes und der Währungsstabilität trug auch die SDAP mit. Nicht das Ob des Sparens stand zur Debatte, sondern das Wie. So wollte die Stadt in der Krise weiterhin Infrastrukturprojekte durchführen, etwa im Bereich des Wohnbaus.<sup>91</sup> Radikale Kursänderungen wurden schließlich erst durchgesetzt, als 1934 die sozialdemokratische Stadtregierung vertrieben bzw. verhaftet wurde und ein Vertreter des Austrofaschismus die Stadtverwaltung übernahm. Eine der ersten Maßnahmen galt der Änderung des Steuersystems: Die Breitner- bzw. sogenannte Luxus-Steuer wurde aufgehoben und stattdessen Massenbesteuerungen ausgeweitet, u.a. wurde eine Coloniagebühr (für die Müllabfuhr) sowie eine Wassermessergebühr eingeführt, durch die den Haushalten fortan weniger Wasser kostenlos zur Verfügung stand; zudem wurde die Sozialversicherung abgebaut und der Mietzins erhöht. Hingegen wurde die Steuer für Reitpferde abgeschafft. Die *Arbeiterzeitung* bilanzierte die Reform folgendermaßen:

„Die Millionengeschenke an die Reichen und Allerreichsten haben ein großes Loch in das Gemeindebudget gerissen. Gestopft haben sie es dadurch, daß sie keine Wohnungen mehr bauen, daß sie die Fürsorge für die Armen zerschlagen haben, das Schulwesen verkommen ließen [...].“<sup>92</sup>

Wie auch aktuelle Analysen hervorheben, verschieben derartige Maßnahmen bezahlte auf unbezahlte Arbeit bzw. führen sie zur Privatisierung von Reproduktionsarbeit. Vormalig öffentliche Dienstleistungen werden zunehmend ‚privat‘, also innerhalb von Familien-, Freundes- und Verwandtschaftsstrukturen und meist von Frauen organisiert. Einkommensstarke Haushalte kaufen diese Leistungen zu, häufig in Form migrantischer Arbeit im Kontext globaler Ausbeutungsverhältnisse.<sup>93</sup> In der Krise der 1930er Jahre hatte die Verschiebung auch zur Folge, dass bezahlte Hausarbeitskräfte – wiederum meist Frauen – ihre Arbeit verloren.<sup>94</sup> In der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift findet sich ein fiktiver Dialog zweier Frauen: Die eine war soeben arbeitslos geworden und erzählt von den Folgen für den Bereich der Reproduktionsarbeit. Sie habe erstens der „Aufwartefrau“ kündigen müssen und werde nun die Hausarbeit selber machen. Zweitens könnten sie und ihr Partner sich

nach der Kündigung keine „moderne Wohnung“ mehr leisten, die mit Warmwasser, Zentralheizung, Gas, Elektrizität und moderner Küche ausgestattet ist. Als Konsequenz müsse sie die anstehende Hausarbeit nicht nur unbezahlt verrichten, sondern auch noch mehr arbeiten, als es nach dem Stand der Technik und bei „rationalisierter Haushaltsführung“ nötig wäre.<sup>95</sup>

#### 4.3 Geschlechter- und Familienleitbilder

Die gezielte politische Förderung bestimmter Familienkonstellationen und Geschlechterleitbilder in den Jahren ab 1929 zeigt sich auch in der „Doppelverdienerverordnung“, welche die Erwerbstätigkeit von Frauen abbaute und sie stattdessen in die Sphäre der unbezahlten Haus- bzw. Reproduktionsarbeit verwies. Die Doppelverdienerverordnung war weniger gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet denn als ideologisches Statement zu verstehen.<sup>96</sup> Die Maßnahme wurde schon zu Beginn der 1930er Jahre in Österreich und Deutschland diskutiert, ebenso im faschistischen Italien, wo gleichfalls Maßnahmen zur Einschränkung außerhäuslicher Frauenerwerbsarbeit forciert wurden.<sup>97</sup> In Österreich wurde die Regelung schließlich mit Hilfe einer der zahlreichen Regierungsverordnungen im Dezember 1933 durchgesetzt. Sie besagte im Wesentlichen, dass verheiratete Frauen umgehend aus dem Staatsdienst zu entlassen bzw. zu pensionieren waren. Zusätzlich enthielt die Doppelverdienerordnung einen Paragraphen, der ein Verbot von „freien Lebensgemeinschaften“ in Anstellungsverhältnissen festschrieb – „damit nur ja keine Lücke bleibt“, wie Käthe Leichter bemerkte.<sup>98</sup> Tatsächlich ging diese Maßnahme gegen Frauenerwerbsarbeit mit dem Versuch der austrofaschistischen Regierung einher, Privatheit sowie die traditionelle, patriarchale und christlich-katholische Familie aufzuwerten. Die Institutionalisierung eines Mutterkults, die Stilisierung der Frau als Ehefrau und Mutter sowie die Anrufung eines militarisierten Männerbildes verbanden traditionalistische Rollenbilder mit faschistischen Anti-Emanzipationsstrategien.<sup>99</sup> Dieser gesellschaftspolitische Entwurf richtete sich nicht zuletzt gegen das – zumindest in großen Städten wie Wien vorzufindende – Bild der „modernen“ bzw. „neuen“ Frau, die ökonomisch unabhängig und selbstbestimmt war. Als Symbol für Modernisierung und Emanzipation stellte sie für Kirche und Austrofaschismus eine Bedrohung dar.<sup>100</sup>

Adelheid Popp erläuterte den ideologischen Charakter der Maßnahme, indem sie betonte, dass die Stellen, aus denen Frauen entlassen wurden, nicht mit arbeitslosen Männern nachbesetzt wurden. Sie hob hervor, dass die Doppelverdienerordnung ausschließlich gegen Frauen gerichtet war,

„Weiß man doch, daß es Doppelverdiener ganz anderer Art gibt. Bis in die höchsten Stellen des Bundes, der Banken, der Industrie, der großen Pensionisten gibt es diese Doppelverdiener [...].“<sup>101</sup>

Käthe Leichter fokussierte auf die Konsequenzen der Verordnung im Hinblick auf die Verschränkung von Geschlechter- und Klassenverhältnissen. Nicht nur vom Arbeitsplatz, sondern auch aus dem Bildungsbereich würden Frauen verdrängt.<sup>102</sup>

„Ob die Frau sich mühsam zu einem Mittel- oder Hochschulstudium durchgekämpft hat, bleibt außer Bedacht. [...] Diese Bestimmung trifft ganz besonders [...] jene Kategorien arbeitender Frauen, [...] die sich oft schwer aus proletarischen Kreisen zum Studium durchgerungen und unter erschwerten Konkurrenzbedingungen zu einer leitenden Stellung emporgearbeitet haben.“<sup>103</sup>

Die politischen Errungenschaften der Frauen- und Arbeiterinnenbewegung standen in der Krise noch einmal verschärft zur Debatte bzw. wurden sie im Rahmen der autoritären Krisenbearbeitung und Austeritätspolitik sukzessive rückgängig gemacht.<sup>104</sup> In der letzten Ausgabe der *Frau* im Februar 1934, kurz vor dem Verbot der SDAPÖ und der Etablierung des austrofaschistischen Regimes, leitete Luise Kautsky einen Artikel zum 15. Todestag von Rosa Luxemburg mit folgenden Worten ein:

„Heute [...] [sind] Mächte der Unterwelt bestrebt [...], die [...] Frau wieder zurückzuberbanen an den häuslichen Herd, zurückzustoßen in die Geschlechtssklaverei, ihr all jene geistigen und politischen Errungenschaften streitig zu machen, die sie sich in jahrzehntelangem Ringen mühsam erstritten hat [...].“<sup>105</sup>

## 5. Resümee

Gegenstand des Vergleichs waren die 1929 und 2008 begonnen habenden Wirtschaftskrisen. Den analytischen Rahmen bildete die autoritäre Bearbeitung der Krise und deren *Gender Bias*. Als Quellenmaterial dienten Analysen der feministischen Ökonomie und Politikwissenschaft, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts wie in den frühen 1930er Jahren den Zusammenhang von Krise und Geschlecht untersuch(t)en. Bereits in Bezug auf die ökonomische und politisch-institutionelle Kontextualisierung der beiden Krisenverläufe konnten augenscheinliche Parallelen ausgemacht werden – auch im Lichte der jeweiligen historischen Spezifika. So ‚wiederholt‘ sich nicht nur der Prozess der diskursiven Umdeutung von einer Finanz- zu einer Staatsschuldenkrise. Sowohl ab 2008 als auch ab 1929 wurde die parlamenta-

rische Demokratie abgebaut bzw. ausgehöhlt. Wirtschaftspolitische Entscheidungen wurden auf intransparente und demokratisch nicht legitimierte Institutionen verlagert. Insbesondere Letzteres ging in beiden Krisen mit einer Renaissance bemanneter Institutionen und maskulinistischer Politikstrukturen einher, während sich politische Räume für Frauen schlossen.

In einem nächsten Schritt verglichen wir feministische und geschlechterkritische Krisenanalysen und untersuchten die Frage nach Parallelen, aber auch nach Unterschieden in den Krisendynamiken anhand von drei Dimensionen: der Krisenauswirkungen und der Folgen am Arbeitsmarkt, der politischen Krisenbearbeitung sowie der Geschlechter- und Familienleitbilder. Trotz unterschiedlicher historisch-politischer Kontexte wurden in den Analysen ähnliche Argumentationsstränge bedient und ähnliche Phänomene und Dynamiken beschrieben, allerdings in unterschiedlichen Begriffen. In den frühen 1930er Jahren wurde ebenso wie 80 Jahre später gezeigt, dass sich die Krise auf Frauen und Männer in ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen unterschiedlich auswirkt. ‚Prekarität‘ ist zwar ein Begriff des 21. Jahrhunderts, das damit erfasste Phänomen stand aber bereits in den frühen 1930er Jahren im Fokus feministischer Reflexion. Aktuelle feministische Analysen halten ebenso wie jene der frühen 1930er Jahre fest, dass eine Verschärfung der Krise und austeritätspolitische Maßnahmen zur Reprivatisierung von reproduktiven Tätigkeiten und zu mehr Eigenleistungen von Frauen in ihren Haushalten führen. Die unbezahlte Arbeit der Frauen erscheint in beiden Krisen als Stabilisierungsreserve. Auch in Bezug auf die krisenbedingte Veränderung von Geschlechterleitbildern lassen sich – wenn auch schwächer ausgeprägte – Parallelen ausmachen, wie an den Retraditionalisierungstendenzen gezeigt wurde.

Der Vergleich sollte Kontinuitäten und Brüche in der feministischen, politökonomischen Reflexion aufzeigen. Hier ist auf die verloren gegangenen und teils gewaltsam unterbrochenen Traditionen der geschlechterkritischen Wissensproduktion zu verweisen. Organische Intellektuelle<sup>106</sup> der Arbeiter/innenbewegung wurden im (Austro-)Faschismus verfolgt, inhaftiert und/oder vertrieben, ihre Institutionen und Publikationsorgane verboten.<sup>107</sup> Endgültig gewaltsam zerstört wurde die personelle und intellektuelle Kontinuität im Nationalsozialismus, als politische Aktivistinnen systematisch verschleppt und ermordet wurden bzw. der antisemitischen und rassistischen Verfolgung zum Opfer fielen. So wurde Käthe Leichter 1942 von dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück nach Bernburg deportiert und in der Gaskammer ermordet.

Jenseits dieser Zäsuren steht die Tradition androzentrischer Geschichtsschreibung, die das Wissen der Frauen- und Arbeiterinnenbewegung in Vergessenheit geraten ließ.<sup>108</sup> Mit der Zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren, im Rahmen ihrer teilweisen Institutionalisierung und mit den veränderten gesellschaftli-

chen Kräfteverhältnissen hat sich die feministische Reflexion im Vergleich zur Zwischenkriegszeit zudem tendenziell in akademische Räume verschoben, auch wenn diese Etablierung prekär geblieben ist.

Eine erneute Auseinandersetzung mit feministischen, politikökonomischen Debatten der Zwischenkriegszeit kann für gegenwärtige geschlechterkritische Debatten und Politiken um die Wirtschaftskrise höchst lohnend sein. Erst mit Blick auf längerfristige Entwicklungen können Persistenzen, Kontinuitäten oder Brüche sichtbar gemacht und in einen breiteren Zusammenhang länder- und epochenübergreifender Strukturen und Dynamiken eingeordnet werden. Wissenschaftlich ermöglicht der Vergleich Thesen über längerfristige gesellschaftspolitische Entwicklungstendenzen zu entwerfen; aus politischer Sicht ergeben sich neue Perspektiven auf strategische Fragen und Einschätzungen. Dabei gilt es, die Historizität sichtbar zu machen und veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zu reflektieren, um die damaligen Debatten für heutige Fragestellungen zu aktualisieren. Es geht also darum, auf den geleisteten Erkenntnissen, Erfahrungen oder Strategien aufzubauen, anstatt stets „von vorne“ anfangen zu müssen.<sup>109</sup>

Damals wie heute weisen feministische Analysen darauf hin, dass ungleiche Geschlechterverhältnisse die Krise ‚stabilisieren‘ und umgekehrt die Krisen vergeschlechtlichte Ungleichheiten verschärfen. Politische Krisenbearbeitung, wie man sie gegenwärtig beobachten kann, ist niemals neutral. Dies verdeutlicht schließlich die politische Dimension feministischer Krisenanalysen: Als ‚Gegenerzählung‘ sollen sie nicht zuletzt solidarische und emanzipatorische Perspektiven aufzeigen und somit eine Politik orientieren, die sich der gegenwärtigen herrschenden Austeritätspolitik widersetzt.

## Anmerkungen

- 1 Wir danken den Herausgeber/innen und Gutachter/innen der OeZG für wichtige Hinweise sowie Andrea Ellmeier für ihren Kommentar zu dem diesem Artikel zugrunde liegenden Paper auf der Tagung „Geschlecht und Ökonomie – Diskurse, Verhältnisse, historische Entwicklungen“ der Forschungsschwerpunkte „Frauen- und Geschlechtergeschichte“ und „Wirtschaft und Gesellschaft aus historisch-kulturwissenschaftlicher Perspektive“ der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät, die am 28.2.2014 an der Universität Wien stattfand.
- 2 Zu Krisen im Vergleich s. Karl Heinz Roth, *Die globale Krise*, Hamburg 2009; Michael Brie, Hg., *„Wenn das Alte stirbt...“ Die organische Krise des Finanzmarktkapitalismus*, Berlin 2013; Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader, *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg 2011; Lukas Oberndorfer, *Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der „Massen“ in die europäische Politik*, in: *Prokla* 42 (2012), 413–432.
- 3 Vgl. Demirovic/Dücker/Becker/Bader, *VielfachKrise*; Julia Dück, *Krise und Geschlecht. Überlegungen zu einem feministisch-materialistischen Krisenverständnis*, in: *Prokla* 44 (2014), 53–70.

- 4 Vgl. Birgit Sauer, *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt am Main 2001, 59 f.
- 5 Eva Kreisky, *Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung*, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer, Hg., *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Frankfurt am Main/New York 1995, 215.
- 6 Vgl. Elisabeth Klatzer/Christa Schlager, *Genderdimensionen in der neuen EU Economic Governance. Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung*, in: *Kurswechsel 2012/Heft 1*, 5.
- 7 Ebd.
- 8 Eva Kreisky, *Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie*, in: Siglinde Rosenberger/Birgit Sauer, Hg., *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte, Verknüpfungen, Perspektiven*, Wien 2004, 27.
- 9 Klatzer/Schlager, *Genderdimensionen*, 24, 30.
- 10 Vgl. Käthe Knittler/Bettina Haidinger, *Feministische Ökonomie*, Wien 2014, 9, 17, 29 f.
- 11 Vgl. Ingo Stütze, *Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Europakrise*, Münster 2013, 313–315.
- 12 Vgl. Sabine Reiner/Gabriele Schambach, *Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise*, in: *Femina Politica 19/1 (2010)*, 86–95.
- 13 Vgl. Stütze, *Austerität*, 319.
- 14 Vgl. European Commission, *The Economic Adjustment Programme for Greece. European Economy. No. 61*, Brussels; Maria Karamessini/Jil Rubery, *Economic crisis and austerity: challenges to gender equality*, in: Maria Karamessini/Jil Rubery, Hg., *Women and Austerity. The economic crisis and the future for gender equality*, London/New York 2014, 314–351; Thomas Sablowski/Etienne Schneider, *Verarmung made in Frankfurt am Main. Die Europäische Zentralbank in der Krise*, in: *Standpunkte 06/2013*, Berlin 2013, 1–6, 4.
- 15 Vielen Dank an Lukas Oberndorfer für die wichtigen Hinweise.
- 16 Vgl. Klatzer/Schlager, *Genderdimensionen*, 27.
- 17 Oberndorfer, *Renaissance*, 418.
- 18 Sylvia Walby, *Gender and the Financial Crisis. Paper for UNESCO Project on ‚Gender and the Financial Crisis‘*, 2009.
- 19 Vgl. Christine Bauhardt/Gülay Çağlar, *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*, in: Christine Bauhardt/Gülay Çağlar, Hg., *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*, Wiesbaden 2010, 7–17.
- 20 Vgl. Haidinger/Knittler, *Feministische Ökonomie*, 54–74.
- 21 Vgl. Birgit Sauer, *Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen*, in: *Kurswechsel 2010/1*, 38–46.
- 22 Vgl. Veronika Duma/Martin Konecny/Hanna Lichtenberger, *Krisenbearbeitung im historischen Vergleich: Österreich und Griechenland*, in: Brie, *Krise des Finanzmarktkapitalismus*, 157–189.
- 23 Vgl. Schuschnigg, *MRP 808*, 17.06.1932, 244, zit. nach Stiefel, *Krise*, 113 f.; *Reichspost* vom 1. April 1933, 1.
- 24 Vgl. Gabriella Hauch, *Vom Androzentrismus in der Geschichtsschreibung. Geschlecht und Politik im autoritären christlichen Ständestaat/„Austrofaschismus“ (1933/34 – 1938)*, in: Florian Weninger/Lucile Dreidemy, Hg., *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes*, Wien 2013, 351–381, 352; Wolfgang Schmale, *Geschichte der Männlichkeit in Europa (1450–2000)*, Wien/Köln/Weimar 2003, 321.
- 25 Vgl. Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaler, *Routes into the Abyss. Coping with the Crises in the 1930s*, Berghahn Books 2013, 3 f.; Karl Ausch, *Als die Banken fielen Wien/Frankfurt am Main/Zürich 1968*, 336.
- 26 Vgl. Hans-Jürgen Bieling, *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*, Wiesbaden 2011, 83 f.
- 27 Vgl. Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘, Hg., *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*, Münster 2012.

- 28 Zit. nach Grete Klingenstein, *Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931–1934*, Wien/Graz 1965, 46.
- 29 Zu Hegemoniekrise vgl. z.B. Mario Candeias, »Wenn das Alte stirbt...« Organische Krisen bei Antonio Gramsci, in: Brie, *Krise des Finanzmarktkapitalismus*, 14–29; Thomas Sablowski, *Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas*, in: Lars Bretthauer/Alexander Gallas/John Kannankulam/Ingo Stützle, *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg 2006, 257–273; Lukas Oberndorfer, *Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbssetatismus?*, in: *Staatsprojekt Europa, EU in der Krise*, 49–71.
- 30 Vgl. Oberndorfer, *Renaissance*.
- 31 Vgl. Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Darmstadt 1997, 251.
- 32 Vgl. Dieter Stiefel, *Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929–1938*, Wien/Köln/Graz 1988, 119.
- 33 Vgl. ders., *Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931*, Frankfurt am Main 1989, 12, 26, 46, 232; ders., *Krise*, 62; Hans Kernbauer/Fritz Weber, *Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918–1934*, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer, Hg., *Austrofascismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938*, Wien 1985, 2; Ferdinand Lacina, *Crises and Workers' Movements*, in: Konrad/Maderthauer, *Routes*, 12–19, 14; Hans Kernbauer, *Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitik in der Zwischenkriegszeit*, in: Emmerich, Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger, Hg., *Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933*, Wien 1995, 552–569, 564; *Arbeiter-Zeitung (AZ)* vom 16. Juni 1931, 1; *Die Frau*, November 1931/Heft 11, 1.
- 34 Emmy Freundlich, *Wirtschaftskrise und Parlament*, in: *Die Frau*, August 1931/Heft 8, 2.
- 35 Vgl. Klingenstein, *Anleihe*, 70.
- 36 Vgl. Stiefel, *Krise*, 132, 163 f.
- 37 Vgl. Oberndorfer, *Renaissance*, 424; Peter-Christian Witt, *Finanzpolitik als Verfassungs- und Gesellschaftspolitik. Überlegungen zur Finanzpolitik des Deutschen Reiches in den Jahren 1930 bis 1932*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8/3 (1982), 386–432, 405 f.
- 38 Vgl. Stiefel, *Krise*, 116; o. V., *Zwölf Notverordnungen!* In: *AZ* vom 13. März 1933, 2; o. V., *Der 1. Mai 1933*, in: *Die Frau*, Mai 1933/Heft 5, 2.
- 39 O. V., *Die Einberufung des Nationalrates*, in: *Die Frau*, März 1932/Heft 11, 2.
- 40 Vgl. Siegfried Mattl, *Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933–1938*, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer, Hg., *Austrofascismus. Politik-Ökonomie-Kultur*, Wien 2005, 202–221, 204; Kernbauer/Weber, *Inflation*, 9, 20.
- 41 Zit. nach Kernbauer, *Währungs-, Bank- und Budgetpolitik*, 566.
- 42 *Süddeutsche Zeitung* vom 5. Oktober 2009.
- 43 *TAZ* vom 23. März 2009.
- 44 Gülay Çağlar, *Global – national – lokal: Transmissionsmechanismen der Krise und ihre geschlechtsspezifische Dimension im globalen Süden*, in: *Femina Politica* 19/1 (2010), 96–103, 96 f.
- 45 Vgl. Christa Wichterich, *Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise*, in: *Peripherie* 30 (2010), 164–187.
- 46 *Diestandard.at* vom 5. März 2010.
- 47 Young/Schubert, *Meltdown*, 174.
- 48 Sauer, *Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise*, 43.
- 49 Vgl. Gabriele Michalitsch, *Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben*, in: *Femina Politica* 19/1 (2010), 104–111, 107.
- 50 Diane Elson, *International Financial Architecture: A View from the Kitchen*, in: *femina politica*, 2002/1, 26–37, 30.
- 51 *Ebd.*, 31.
- 52 Christa Wichterich, *Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise*, in: *Demirović, Vielfachkrise*, 134.
- 53 Sabine Reiner/Gabriele Schambach, *Business as usual. Restauration wirtschaftlicher und geschlechtlicher Strukturen in der Finanz- und Wirtschaftskrise*, in: *Femina Politica* 19/1 (2010), 86–95.
- 54 *Ebd.*, 93.

- 55 Vgl. Gabriele Michalitsch, Konjunkturpolitik. Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit, in: Kurswechsel 2/2009.
- 56 Sauer, Geschlecht, 42.
- 57 Ebd.
- 58 Klatzer/Schlager, Genderdimensionen, 29 f.
- 59 Vgl. European Commission, The Economic Adjustment Programme for Greece. European Economy. Occasional Papers No. 61, Brussels: European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs Publications, 2010; Maria Karamessini, Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland, in: Ingrid Kurz-Scherf/Alexandra Scheele, Hg., Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht, Münster 2012, 187–205.
- 60 Klatzer/Schlager, Genderdimensionen, 33, Hervorhebung im Original.
- 61 Wichterich, Geschlechteranalysen.
- 62 Alexandra Scheele, Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik, in: Widerspruch. 31/61 (2011), 13–20, 18.
- 63 Sauer, Geschlecht, 43.
- 64 Wichterich, Krise, 139.
- 65 Ebd., 140.
- 66 Sauer, Geschlecht, 43.
- 67 Käthe Leichter, Die Entwicklung der Frauenarbeit nach dem Krieg, in: dies., Hg., Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930, 28–43, 32.
- 68 Der Begriff der Prekarität wurde in der Zwischenkriegszeit nicht verwendet, wohl aber die Verhältnisse beschrieben, die dieser Terminus in der aktuellen Forschungsdiskussion zu fassen versucht.
- 69 Käthe Leichter, Gegen die mörderische Arbeitslosigkeit der Frauen!, in: Die Frau, Februar 1930/Heft 2, 1.
- 70 Dies., Ein Anschlag auf die arbeitslosen Frauen, Die Frau, Februar 1931/Heft 2, 9 f.
- 71 Mörderische Arbeitslosigkeit, in: Die Frau, 1.
- 72 Z.B. Karamessini/Rubery, Women, 4; vgl. auch oben.
- 73 Marianne Pollak, Vorwärts, nicht rückwärts, in: Die Frau, Mai 1931/Heft 5, 8–9, 8.
- 74 Marie Jahoda/Paul Felix Lazarsfeld/Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal, Leipzig 1933; aktuell exemplarisch: Elson, Lehre.
- 75 Käthe Leichter, Um die Existenz der arbeitslosen Frauen, in: Die Frau, Juli 1930/Heft 7, 7.
- 76 Dies., Ein Anschlag auf die arbeitslosen Frauen, in: Die Frau, Februar 1931/Heft 2, 10.
- 77 Existenz, in: Die Frau, 8; vgl. auch Die Frau, Februar 1931/Heft 2.
- 78 Anna Siemsen, Vom Steuerzahlen, in: Die Frau, Juni 1930/Heft 6, 8–10, 10.
- 79 Knittler/Haidinger Ökonomie; Beigewum, Hg., Frauen Macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien 2002; Witt, Finanzpolitik, 386–429.
- 80 Vgl. Leah Bassel/Emejulu Akwugo, Solidarity under Austerity: Intersectionality in France and the United Kingdom, in: Politics & Gender 10/1 (2014), 130–136; Dara Z. Strolovitch, Of Mancessions and Hecoveries: Race, Gender, and the Political Construction of Economic Crises and Recoveries, in: Perspectives on Politics 11/1 (2013), 167–176; Alyssa Schneebaum, Verschiedene Menschen, verschiedene Krisen: die aktuelle Krise aus intersektionaler Sicht, in: Kurswechsel 2013/4, 28–35.
- 81 Vgl. Knittler/Haidinger, Ökonomie, 148.
- 82 Vgl. Kernbauer/ Weber, Inflation, 341 f.
- 83 O. V., Notizen. Die Notopfer – von den Opfern der Not, in: Die Frau, März 1930/Heft 9, 3 f.
- 84 O. V., Wahlaufruf: Genossinnen!, in: Die Frau, November 1930/Heft 11, 1 f.
- 85 G. P., Nein! Aus dem Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates, in: Die Frau, März 1931/Heft 3, 4.
- 86 Ebd.
- 87 Käthe Leichter, Die „Sozialreform“ der Regierung entrechtet die Frauen!, in: Die Frau, März 1931/Heft 5, 4.
- 88 Ebd., 5.
- 89 Vgl. Fritz Weber, Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation. Zur politischen Ökonomie der Geldentwertung in Österreich 1918 bis 1922, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaler, Hg., Das Werden der Ersten Republik ... der Rest ist Österreich, Wien 2008, 7–33, 31.

- 90 Z.B. o. V., Die Gemeinden sind in furchtbarer Not! Ein Hilferuf des Städtebundes – Die Regierung hat für die Notlage der Städte und Gemeinden kein Verständnis, in: AZ vom 11. Juni 1931, 4.
- 91 Vgl. o. V., Im Zeichen der Sparsamkeit. Sitzung des Wiener Gemeinderates, in: AZ vom 13. Juni 1931, 2.
- 92 AZ vom 3. November 1935, 7.
- 93 Zum Care Begriff vgl. Sabine Plonz/Frigga Haug/Jutta Meyer-Siebert/Tove Soiland, Hg., Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie? in: Das Argument 292. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 53/3 (2011). Kongress „Care-Revolution“, 14.–16. März 2014, Berlin: <http://care-revolution.site36.net>; Katharina Mader, Alles Care? Zur Notwendigkeit eines neuen Arbeitsbegriffs in der Ökonomie, in: Bettina Kubicek/Marlene Miglbauer/Johanna Muckenhuber/Claudia Schwarz, Arbeitswelten im Wandel, Wien 2011, 81–101.
- 94 Käthe Leichter, Wem nützt es?, in: Die Frau, Februar 1934/Heft 2, 7–9.
- 95 Prof. Anna Siemsen, Doppelverdiener, in: Die Frau, August 1930/Heft 8, 1–3.
- 96 Vgl. Irene Bandhauer-Schöffmann, Gottgewollte Geschlechterdifferenz, in: Brigitte Lehmann, Dass die Frau zur Frau erzogen wird. Frauenpolitik und Ständestaat, Wien 2008, 15–62, 48.
- 97 Vgl. Bandhauer-Schöffmann, Geschlechterdifferenz, 24; Peukert, Republik, 247.
- 98 Käthe Leichter, Wem nützt es?, in: Die Frau, 6.
- 99 Vgl. Lehmann, Frau, 10.
- 100 Vgl. Mattl, Austrofascismus, Kulturkampf und Frauenfrage, in: Lehmann, Frau, 63–79.
- 101 Adelheid Popp, Verdrängung der Frauenarbeit, in: Die Frau, Februar 1934/Heft 2, 4–6.
- 102 Vgl. Mattl, Austrofascismus, 73; Bandhauer Schöffmann, Geschlechterordnung, 22.
- 103 Käthe Leichter, Wem nützt es, in: Die Frau, 7 f.
- 104 Bandhauer Schöffmann, Geschlechterdifferenz, 24 f.
- 105 Luise Kautsky, Zwei Frauenschicksale, in: Die Frau, Februar 1934/Heft 2, 13.
- 106 Der von Antonio Gramsci geprägte Begriff des organischen Intellektuellen stellt eine Erweiterung des Begriffs des klassischen Intellektuellen dar. Im Vordergrund stehen dabei v.a. organisierende Funktionen. Subalterne bilden eigene organische Intellektuelle aus, denen eine wichtige Funktion in der Auseinandersetzung um Hegemonie zukommt. Für Gramsci spielt dabei die Frage der Organisation bzw. der Partei eine wichtige Rolle. Vgl. Benjamin Opratko, Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster 2012, 48–52. Die Rolle und Funktion der Akteurinnen und Akteure der Arbeiter/innen- und oder Frauenbewegung in den historischen Kämpfen sowie in der Wissensproduktion kann mit diesem Konzept adäquat gefasst werden. Die damit einhergehende tendenzielle Überwindung von Hand- und Kopfarbeit, von Theorie und Praxis kennzeichnen sie als „Bewegungsintellektuelle“ (zit. nach ebd., 52).
- 107 Zur unterbrochenen Wissenstradition vgl. Gabriella Hauch, „Wir, die wir viele Gesichter haben...“, in: Hauch/Mesner, Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven, 12–34.
- 108 Knittler/Haidinger, 9, 35 f.
- 109 Vgl. Kitchen Politics – Queerfeministische Interventionen, Hg., Einleitung oder: Anleitung zum Aufstand aus der Küche, in: Kitchen Politics, Aufstand aus der Küche, Münster 2012, 11f., 16 f.